

Jens-Christian Wagner spricht in Kempten über die vielen Facetten der heutigen Gedenkstättenarbeit

19.01.2026, 07:33 Uhr

Von: Lajos Fischer



Intensives Gespräch in der Kulturwirtschaft zwischen Prof. Dr. Jens-Christian Wagner (links) und Dr. Veronika Heilmannseeder. © Lajos Fischer

„Wie wollen wir uns in Zukunft an die Vergangenheit erinnern?“ Über diese Frage diskutierte in der Kulturwirtschaft Dr. Veronika Heilmannseeder, Leiterin des Projekts „Butter, Vieh, Vernichtung“ mit Prof. Dr. Jens-Christian Wagner, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora und Professor für Geschichte in Medien und Öffentlichkeit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Kempten – Erinnern müsse unbequem sein und dürfe kein Wohlfühlprogramm darstellen, zitierte Heilmannseeder eine frühere Aussage Wagners in ihrer Einführung. Mit der Erinnerungskultur stehe es heute besser als in der Zeit bis zu den frühen 1990-er Jahren, erklärte Wagner. Bis dahin hätten sich die Deutschen darauf eingerichtet, dass sie Opfer wären.

Die Gedenkstättenarbeit sei damals ein „zartes Pflänzchen“ gewesen, von Überlebenden gestaltet, die sich an ihre ermordeten Mithäftlinge erinnern hätten. Bereits im April 1945 hatte man in Buchenwald an der Stelle, wo der Schwur von Buchenwald gesprochen wurde, einen hölzernen Obelisk aufgestellt und eine Gedenkveranstaltung abgehalten. Im September 1945 stellten ehemalige Häftlinge ein jüdisches Mahnmal aus Holz in Bergen-Belsen auf.

Die Mehrheitsgesellschaft sah jedoch weg und ließ Erinnerungsorte verwahrlosen. In den 1980-er Jahren änderte sich etwas durch die Arbeit von Geschichtswerkstätten und durch zivilgesellschaftliche Aktionen, allerdings gegen den Willen der Gesellschaft und der Institutionen. Bis in die 1990-er handelte sich hierbei um persönliches Engagement, ohne jegliche staatliche Unterstützung.

„Bei mir klingeln die Alarmglocken“

Als einen Meilenstein bezeichnete Wagner das erste Bundesgedenkstättenkonzept, das die Regierung Schröder-Fischer 1997/98 auf den Weg gebracht hatte. Heute gibt es ein dichtes Netz von etwa 300 Gedenkstätten. Sie arbeiten mit pädagogischem und wissenschaftlichem Personal. „Alle in der Welt beneiden uns dafür“, sagte der Professor, „aber wenn jemand stolz wird, klingeln bei mir die Alarmglocken.“

„Was gehört zum ‚Großen Aber‘?“, fragte er sich. Beschwörungsformeln wie „Nie wieder“ erstarren im Pathos, manche sprechen von „Kranzabwurf“. Alles sehe nach Frieden, Freude, Eierkuchen aus. Es gebe auch inhaltliche Defizite im öffentlichen und politischen Diskurs, weniger in der fachlichen Arbeit. Man spreche von den Opfern, ohne zu fragen, wie sie zum Opfer geworden seien und wer sie zum Opfer gemacht habe. „Wer waren die Täter? Wie funktionierte die nationalsozialistische, radikal antisemitische und rassistische Gesellschaft?“ Man sollte mehr über die damaligen Integrationsangebote für die Mehrheitsbevölkerung reden, über die Rolle des Versprechens: „Euch geht es besser, wenn es den anderen schlechter geht.“ Über die materiellen und psychologischen Aufstiegserfahrungen, die mit der Arisierung entstanden sind. Wagner ging auch auf die Entlastungsnarrative ein. Es sei eine Anmaßung, sich mit den Opfern identifizieren zu wollen.

Sich erinnern oder kritisch aufarbeiten?

Was bedeute eigentlich Erinnerungskultur, wollte Heilmannseeder wissen. In den letzten 80 Jahren verwendete man andere Bezeichnungen wie beispielsweise Vergangenheitsbewältigung, erklärte Wagner. Erinnerungskultur ist ein relativ neuer, 20-30 Jahre alter Begriff. Man kann ihn als eine Teildisziplin von „Geschichtskultur“ sehen, die besagt, wie eine Gesellschaft mit ihrer eigenen Geschichte öffentlich umgeht. Er kritisierte die Bezeichnung: Wenn man sich an etwas erinnere, dann rufe man etwas wach, was man selbst erlebt habe. „Dann frage ich mich, an was sich 16-jährige Schülerinnen und Schüler erinnern sollen, wenn sie eine Gedenkstätte wie Buchenwald besuchen“, sagte er. Es handle sich um junge Menschen, von denen aus generationellen Gründen nicht einmal die Großeltern den Nationalsozialismus erlebt haben. Außerdem habe der Begriff eine moralische Aufladung: Mit erhobenem Zeigefinger rufe man die jungen Menschen auf: „Erinnert euch!“ „Und wir alle wissen, wie Schülerinnen und Schüler auf erhobene Zeigefinger reagieren: mit ziemlicher Abwehr.“ Es gebe zwar Konzepte wie das kulturelle oder kommunikative Gedächtnis, die auf Maurice Halbwachs' Theorie vom kollektiven Gedächtnis zurückgehe, eines französischen Soziologen, der im März 1945 in Buchenwald zu Tode kam. „Trotzdem will ich sagen, dass Erinnerung etwas anderes ist als Geschichte“, betonte der Historiker. Und Geschichtswissenschaft sei wieder mal etwas anderes als Geschichte. Deswegen plädiere er dafür, lieber über „kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte“ zu sprechen. Diese soll wissenschaftlich basiert sein und auf Quellenkritik beruhen.

An dieser Stelle wird online ein interaktiver oder fremder Inhalt eingeblendet. Geben Sie die URL im Browser ein oder scannen Sie den QR-Code auf der ersten Seite.

Heilmannseeder erklärte, dass das Team von „Butter, Vieh, Vernichtung“ sich für die Fragestellung „Woran erinnerst du?“ statt „Woran erinnerst Du dich?“ entschieden habe. Ihre Leute hätten sich etliche

Anmerkungen gefallen lassen müssen: Der Begriff sei grammatikalisch falsch. Sie erläuterte: „Wir als Gesellschaft können aktiv kollektive Erinnerungen wachrufen und sagen: Ich spreche jetzt über die Zwangsarbeiter hier in der Region und erinnere an sie.“ Wagner entgegnete: „Das ist das Appellative: Du sollst erinnern. Ich hadere damit ein wenig und wäre eher für den kritischen Blick, für die kritische Auseinandersetzung mit den Nazi-Verbrechen.“ Dazu zähle auch, sich mit der Täterschaft auseinanderzusetzen und zu fragen, wie es überhaupt zu diesen Verbrechen gekommen sei. Wenn man etwas aus der Geschichte lernen wolle, müsse man wissen, wie diese funktioniert habe. Dafür brauche man Analyse, die etwas anderes sei als Erinnern.

Man sollte statt von Erinnerungskultur lieber von Erinnerungsarbeit sprechen, schlug Heilmannsedler vor. Dadurch vermeide man, dass kollektive Erinnerung zu einer ritualisierten Kultur werde und sich totlaufe. Da stecke auch der Begriff Erinnerung drin, entgegnete Wagner, mit der Bezeichnung Kultur habe er keine Probleme.

Geschichte selbst erarbeiten lassen

Seit den 1990-er Jahren arbeite man in den Gedenkstätten und teilweise auch im Geschichtsunterricht ohne die appellative Funktion, berichtete der Stiftungsdirektor. Stattdessen werde Geschichte kritisch reflektiert. Dazu gehöre auch, dass jeder selbst Geschichte und die Lehren aus der Geschichte erarbeiten müsse. Statt sich irgendein Masternarrativ aufoktroieren zu lassen, begeben sich in einen demokratischen Aushandlungsprozess, auf der Basis von wissenschaftlichen Erkenntnissen. Wenn man Geschichte deute, suche man gleichzeitig die Antwort auf die Frage: In welcher Gesellschaft wollen wir heute und in Zukunft leben?

Das Gedenken an die Opfer werde weiterhin bleiben, betonte Wagner, „da kommen die Gedenkstätten ursprünglich her“, aber in der tagtäglichen Arbeit dieser Einrichtungen habe die Funktion der Bildungsarbeit eine deutlich höhere Relevanz bekommen.

Folgen geschichtsrevisionistischer Mythen

Die Gedenkstätten stehen unter riesigem Druck wegen geschichtsrevisionistischen Mythen, bestätigte der Professor Heilmannseders Aussage. Der Grund dafür liege darin, dass Meinungsbildung und Wissensaneignung heute überwiegend digital im Netz erfolgten. Früher sei es schwierig gewesen, an diese Mythen heranzukommen, weil man dafür Bücher von obskuren Verlagen mit Postfachadressen habe bestellen müssen. „Heutzutage genügen zwei-drei Klicks im Netz und ich bin sofort auf solchen Seiten.“ Diese verbreiteten unglaubliche geschichtsrevisionistische, holocaustverharmlosende und -leugnende Legenden. „Das merken wir in den Gedenkstätten ganz massiv, zum einen anhand der Reaktionen unserer Besucherinnen und Besucher, zum anderen in Kommentaren in unseren Social-Media-Kanälen“, erzählte er. Da sei man ernsthaft mit Behauptungen konfrontiert, dass die Nazis links gewesen seien und Hitler ein Kommunist, oder dass der Krieg den Deutschen aufgezwungen worden wäre, wahlweise von den Juden, den Amerikanern, den Briten, den Polen oder der Sowjetunion. Wagner ging ausführlich auf die Legende der „Rheinwiesenlager“ ein (mehr dazu: <https://www.geschichte-statt-mythen.de/Blog/klassische-mythen/rheinwiesenlager>), wegen deren Verbreitung auf Facebook er Anfang 2025 eine AfD-Rätin in Celle wegen Volksverhetzung angezeigt habe.

An dieser Stelle wird online ein interaktiver oder fremderInhalt eingebunden. Geben Sie die URL im Browser ein oder scannen Sie den QR-Code auf der ersten Seite.

Welche Strategie sei in solchen Fällen sinnvoll - entgegen oder ins Leere laufen lassen, fragte die Projektleiterin. Die Guides in den Gedenkstätten haben die Aufgabe, auf solche Aussagen zunächst immer zu reagieren, antwortete Wagner. In der Praxis habe sich herausgestellt, dass es am besten sei, zuerst mit einer Gegenfrage zu antworten: Woher wissen Sie das denn? Meistens stehe nichts dahinter oder die Leute hätten ein mehr oder weniger gesundes Halbwissen. Dann steige man in die Diskussion ein und es stelle sich bald heraus, ob es tatsächlich darum gehe, eine Wissensfrage zu klären. Wenn das nicht der Fall sei, werde die Diskussion eingestellt und wenn der Gast trotzdem nicht aufhöre, mache man von dem Hausrecht Gebrauch. Wenn die Person nicht freiwillig gehen wolle, hole man die Polizei. „Das machen wir regelmäßig“, sagte der Stiftungsdirektor.

Wie man gegen Dogwhistling vorgeht

Grundsätzlich sei es wichtig, solche Chiffren wie die Legende um die Rheinwiesenlager als geschichtsrevisionistisch zu erkennen. Als Beispiel nannte Wagner den Fall eines AfD-Mannes namens Prophet, der 2023 im thüringischen Nordhausen Oberbürgermeister werden wollte. Dieser habe auf der Seite der AfD Nordhausen geschichtsrevisionistische Posts veröffentlicht. Er schrieb u.a., dass ein Sozialist am 8. Mai an die Befreiung denke, er aber an die Rheinwiesenlager oder an den Plan, aus Deutschland einen Agrarstaat zu machen. Sowas nenne man Dogwhistling: Ähnlich wie eine Hundepfeife höre der normale Mensch gar nichts, aber in rechtsextremistischen Legenden Gefestigte horchten sofort auf. Der Agrarstaat ist ein Hinweis auf den Morgenthau-Plan, der in Wirklichkeit in der amerikanisch-britischen Führung nie ernsthaft diskutiert wurde (mehr dazu: <https://www.geschichte-statt-mythen.de/Blog/uebersichtskarte/joerg-prophet>). Die Gedenkstätte positionierte sich in einer Pressekonferenz und in den Sozialen Medien öffentlich dagegen, sie organisierte auch eine Demonstration. Menschen seien auf ihn zugekommen und hätten dankbar erklärt, dass sie das Schreiben vorher für ein harmloses, wenn auch etwas versponnenes Papier gehalten hätten, berichtete der Historiker. Es sei ihnen erst jetzt bewusst geworden, was dahinterstecke. „Mir ist klar geworden, dass wir tatsächlich im Zeitalter der massiven Desinformation leben und dass wir seriöse, wissenschaftlich gestützte historisch-politische Aufklärungsarbeit leisten müssen“, erklärte Wagner. Für ihn sei es eine große Wirksamkeitserfahrung gewesen, dass der sicher geglaubte Wahlsieg des Herrn Prophet nicht eingetreten ist.

Legendenbildung in den Familien

Dass es in den Familien ebenfalls Legendenbildungen und Erinnerungslücken gibt, beweisen die Ergebnisse der Memo-Studien: Die Mehrheit der Deutschen behauptete, dass Mitglieder ihrer Familie eher Opfer, sogar Widerstandskämpfer und weniger Täter waren, während dieselben Leute nicht infrage stellen, dass die Gesellschaft im Allgemeinen hochrangig nazifiziert war. Er fügte hinzu: „Wir wissen alle, dass der Nationalsozialismus nicht eine Herrschaft irgendwelcher Aliens gewesen ist, die plötzlich über die Deutschen gekommen sind, hier Verbrechen begangen haben und nach dem Krieg plötzlich weg waren.“ Die NS-Verbrechen gingen mit einer sehr starken gesellschaftlichen Durchdringung einher und waren mit einem sehr starken Maß an Selbstmobilisierung und Mitmachbereitschaft verbunden. Das sei auch eine Folge der bereits erwähnten Entlastungsnarrative und Wohlfühlerinnerungskultur, die die Täter

zu wenig in den Blick nehmen würden, aber auch der Lücken in der Familienforschung.

Das öffentliche Bewusstsein konzentrierte sich zu stark auf die 1940-er Jahre und sehe auf die Zeit vom Ende her, von den Leichenbergen in den befreiten Lagern, betonte der Historiker. Das versperre den Blick auf die Früh- und Vorphasen des Nationalismus. Man sollte verstärkt auf das völkische Denken seit dem ausgehenden Kaiserreich und auf die politische Polarisierung in der Weimarer Republik schauen. Auch müsste die Frage gestellt werden, wie es den Nationalsozialisten 1933 innerhalb weniger Wochen gelingen konnte, mit Hilfe der Bürgerlich-Konservativen eine mehr oder weniger funktionierende Demokratie in einen diktatorischen Terrorstaat umzuwandeln. Wenn man auf diese Fragen richtig eingehe, bekomme man auch Antworten darauf, wie man heute mit den rechtsextremen Herausforderungen umgehen sollte.

Die Rolle der Kirchen

Im ländlichen Raum spielten die Kirchen eine große Rolle, ergänzte Heilmannseder, vor allem, was die Verbreitung des Antisemitismus angehe. „Den Nationalsozialismus hätte es in der Art und Weise, mit den Verbrechen, die er begangen hat, ohne die protestantischen Kirchen nicht gegeben“, erklärte Wagner. Das habe mit der protestantischen Prägung des deutschen Nationalstaats im 19. Jahrhundert zu tun, mit „Cuius regio, eius religio“, mit der Zwei-Reiche-Lehre von Luther und mit seinen antisemitischen Schriften.

In Bezug auf die bekennende Kirche existiere auch eine Diskrepanz zwischen dem öffentlichen Bewusstsein und dem historischen Befund, fügte der Stiftungsdirektor hinzu. Kirchenhistoriker haben in den letzten Jahren klar herausgearbeitet, dass die bekennende Kirche mit dem nationalsozialistischen Staat nicht in Opposition stand, sondern nur eine innerkirchliche Opposition darstellte, die den Führungsanspruch der Reichskirche und von Reichsbischof Müller infrage stellte und in der evangelischen Kirche föderale Strukturen bevorzugte. Heilmannseder ergänzte, dass es in Südwestbayern katholische Bischöfe gab, die Hitler als den Erlöser hochgehalten haben.

Was können Gedenkstätten leisten?

Es wäre falsch, wenn Gedenkstätten darauf warten würden, dass Leute sie in Massen besuchten, erklärte Wagner. „Wir müssen viel stärker in die Gesellschaft hineinwirken, auch im digitalen Raum.“ In Buchenwald und Dora hätten die Gedenkstätten ihre Aktivitäten deutlich ausgebaut. Da die Inhalte ethisch und didaktisch herausfordernd seien, müsse man stark auf Seriosität und Glaubwürdigkeit achten. „Das sind wir der Würde der Opfer und der eigenen Würde schuldig.“

„Wie gehen Sie persönlich und als Gedenkstätte mit Angriffen wegen ihrer Arbeit um?“, fragte Heilmannseder zum Schluss. Er habe Gedenkstättenarbeit immer auch als eine politische Arbeit verstanden, sagte Wagner. Und zwar in dem Sinne, dass man Antworten suche auf die Frage, in welcher Gesellschaft wir jetzt und Zukunft leben wollten. Diese Antworten müssten konträr anders ausfallen als das, was die Geschichte an den Erinnerungsorten erzähle. Konkret heiße das, für eine Gesellschaft einzutreten, die die Menschenrechte aller beachte, zur Demokratie stehe und eine offene Gesellschaft befürworte. „Das bringt uns nicht nur Freunde ein, sondern es gibt immer wieder Morddrohungen. Bei Kolleginnen und Kollegen wurden die Autoreifen zerstoßen.“ Ihm habe man das Nummernschild ab- und dann andersherum aufgeschraubt. Die Polizei vermutet, um ihm mitzuteilen: „Wir wissen, wo du wohnst.“

„Natürlich sollten wir diesen Leuten nicht den Gefallen tun, uns einschüchtern zu lassen, auch wenn sie zum Beispiel in vielen Bereichen Thüringens die politische und kulturelle Hegemonie erlangt haben.“ Aber man müsse die Situation ernst nehmen und konkrete Maßnahmen ergreifen. Dazu gehörten beispielsweise Deeskalationstraining und Selbstverteidigungskurse mit der Polizei, kontinuierlich angepasste Sicherheitskonzepte, Schulungen über rechtsextreme Codes und Symbole. „Wichtig ist, dass man den engen Schulterschluss mit der Zivilgesellschaft hält, was nicht immer einfach ist.“ So habe er beispielsweise die Initiative „Weltoffenes Thüringen“ mitgegründet, in der sich viele, von Unternehmen, Sportverbänden, Universitäten, Theatern bis zum Dachverband der Karnevalvereine, zusammengeschlossen hätten, in dem deutlichen Willen, der AfD, die in Thüringen eine virulente Gefahr für die Demokratie darstelle, etwas entgegenzusetzen. „Wir haben ständig massive Angriffe aus der AfD auf unsere Arbeit.“

Aber nicht nur die AfD sei eine große Gefahr für die Erinnerungskultur, sondern auch die „Ist-mir-egal-Haltung“, die auch in der Mitte der Gesellschaft deutlich zunehme. Gefährlich sei es auch, wenn demokratische Parteien versuchten, am rechten Rand zu fischen. Das Bundeswahlprogramm der CDU/CSU erwähne die Schoa mit keinem Wort, das SED-Unrecht werde mit den NS-Verbrechen gleichgesetzt und es beinhalte eine Dreiviertel Seite über das Leid deutscher Vertriebener und Flüchtlinge nach 1945. „Die CDU/CSU war schon deutlich weiter. Das ist ein Rückfall in die 50-er Jahre.“ Mit solchen Formulierungen die AfD-Leute wieder einfangen zu wollen, wie die Autorin dieser Passage, Karin Prien, auf Anfrage der Presse erklärt habe, sei sicher der falsche Weg. Alle demokratischen Parteien seien gut beraten, sich mit der Relevanz auseinanderzusetzen, die die nationalsozialistischen Verbrechen für unsere demokratische Selbstverständigung hätten. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ sei nicht zufällig der erste Artikel des Grundgesetzes. Dieser ist eine Antwort auf die Verheerungen des Zweiten Weltkrieges sowie auf den Mord an den europäischen Juden und auf alle anderen NS-Verbrechen. Wagner fügte hinzu: „Übrigens, die Würde des Menschen ist unantastbar und nicht nur die Würde des Deutschen.“